

Antrag

der Abgeordneten Dr. Michael Meister, Heinz Seiffert, Dietrich Austermann, Peter Hintze, Ilse Aigner, Norbert Barthle, Otto Bernhardt, Jochen Borchert, Klaus Brähmig, Manfred Carstens (Emstek), Leo Dautzenberg, Georg Fahrenschon, Albrecht Feibel, Klaus-Peter Flosbach, Herbert Frankenhauser, Jochen-Konrad Fromme, Hans-Joachim Fuchtel, Ute Granold, Olav Gutting, Ernst Hinsken, Susanne Jaffke, Bartholomäus Kalb, Steffen Kampeter, Bernhard Kaster, Volker Kauder, Norbert Königshofen, Manfred Kolbe, Gunther Krichbaum, Patricia Lips, Dr. Michael Luther, Laurenz Meyer (Hamm), Hans Michelbach, Stefan Müller (Erlangen), Kurt J. Rossmann, Peter Rzepka, Norbert Schindler, Georg Schirmbeck, Christian Freiherr von Stetten, Antje Tillmann, Klaus-Peter Willsch, Dagmar Wöhrl, Elke Wülfing und der Fraktion der CDU/CSU

Steigende Staatsverschuldung verhindern – Aufweichung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts zurücknehmen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Beschluss des Europäischen Rates vom 22./23. März 2005 zur Änderung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts hat in der Fachwelt zu heftiger Kritik geführt. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben sich auf Änderungen geeinigt, die nach Ansicht aller Sachverständigen den Stabilitäts- und Wachstumspakt entscheidend schwächen. Die Deutsche Bundesbank und die Europäische Zentralbank, die Hüter der Geldwertstabilität im Euro-Raum, sind „ernsthaft besorgt“. Die dezidierte Wortwahl der sonst sehr vorsichtig formulierenden Währungshüter zeigt den hohen Grad der Besorgnis, dass der nunmehr eingeschlagene Weg, die Haushaltsregeln einem gelockerten Haushaltsgebaren anzupassen, die Rahmenbedingungen für die gemeinsame europäische Geldpolitik signifikant verschlechtern wird. Sie befürchten zu Recht, dass die Anreize für eine solide Finanzpolitik und die Bindungswirkung der bestehenden Regeln durch zahlreiche Ausnahmen und Sonderregeln entscheidend geschwächt werden. Eine höhere Staatsverschuldung im Euro-Raum wird die zwangsläufige Folge der Aufweichung der Defizitobergrenze von 3 Prozent des BIP sein. Künftig können die Mitgliedstaaten erhebliche neue Interpretationsspielräume nutzen, um aufgrund von „Sonderbelastungen“ ein gesamtstaatliches Defizit von mehr als 3 Prozent zu rechtfertigen. Letztlich lässt sich mit den geplanten Interpretationsspielräumen jede Überschreitung der 3-Prozent-Defizitgrenze rechtfertigen. Dies dürfte keinem EU-Mitgliedstaat schwer fallen.

Der bislang bestehende finanzpolitische Rahmen, der im EG-Vertrag und im Stabilitäts- und Wachstumspakt verankert wurde, ist ein Eckpfeiler der Wirt-

schafts- und Währungsunion. Er spielt bei der Wahrung der Haushaltsdisziplin in den Mitgliedstaaten eine zentrale Rolle und ist getragen von der Überzeugung, dass gesunde Staatsfinanzen eine wichtige Grundlage für Preisstabilität sind. Nur wenn die Nationalstaaten finanzpolitisch diszipliniert sind, kann das Europäische System der Zentralbanken Preisstabilität bei niedrigen Zinsen dauerhaft gewährleisten. Zu Recht sieht die Bundesbank im Stabilitäts- und Wachstumspakt „das Versprechen der europäischen Regierungen, mit dauerhaft soliden öffentlichen Finanzen zum Erfolg der gemeinsamen Währung beizutragen“.

Mit der nunmehr beschlossenen Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspakts wird dieses Versprechen insbesondere auf Drängen der Bundesregierung geopfert. Die Bundesregierung erhofft sich davon kurzfristig innenpolitische Vorteile in der öffentlichen Diskussion um die ausufernde Staatsverschuldung und die Vermeidung eines Strafverfahrens aus Brüssel im Wahljahr 2006. Damit handelt die Bundesregierung verantwortungslos. Mit der von ihr offensiv betriebenen Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspakts gefährdet sie mittel- und langfristig die Stabilität der gemeinsamen Währung undbürdet nachfolgenden Generationen die Last grenzenloser Staatsverschuldung auf.

Die Konsolidierung der Staatsfinanzen liegt im ureigenen Interesse Deutschlands. Bereits heute hat die Staatsverschuldung einen Umfang erreicht, der die öffentlichen Haushalte in ihrer Handlungsfähigkeit immer stärker einschränkt. Eine Zins-Ausgaben-Quote für den Bundeshaushalt von über 15 Prozent bzw. eine Zins-Steuer-Quote von über 20 Prozent bedeuten, dass bereits heute jeder siebte Euro für Zinsen verausgabt wird und jeder fünfte Steuer-Euro zur Finanzierung der Zinsausgaben herangezogen werden muss. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis die öffentlichen Haushalte handlungsunfähig sind. Wenn nicht schnellstmöglich umgesteuert wird, können künftige Generationen keine eigenen politischen Schwerpunkte mehr setzen, sondern müssen die Schulden bedienen und abtragen, die die heutige Generation anhäuft. Dabei sind die zusätzlichen Lasten, die sich aus der demographischen Entwicklung ergeben, noch gar nicht berücksichtigt.

Auch die immer wieder gebetsmühlenartig wiederholte Ansicht von Bundeskanzler Gerhard Schröder und des Bundesministers der Finanzen, Hans Eichel, dass eine Konsolidierung der Staatsfinanzen einer wachstumsorientierten Politik entgegenstehe und deshalb der Pakt reformiert werden müsse, ist ökonomisch schlicht falsch und irreführend. Wenn die Bundesregierung höhere Haushaltsdefizite mit der Ankurbelung des wirtschaftlichen Wachstums rechtfertigt, wechselt sie Konjunkturpolitik mit Wachstumspolitik. Das gegenwärtige Defizit im Bundeshaushalt ist struktur- und nicht konjunkturbedingt. Deshalb sind Strukturreformen notwendig, um das Defizit im Sinne einer nachhaltigen Konsolidierung zurückzuführen. Aber auch konjunkturpolitisch ist eine Defiziterhöhung zur Finanzierung von Staatsausgaben keineswegs so positiv zu beurteilen, wie dies die Bundesregierung immer vorgibt. Empirisch ist die Rolle der Fiskalpolitik bei der Stabilisierung zyklischer Schwankungen zumindest aus zwei Gründen problematisch: Erstens sind die Multiplikatorwirkungen einer fiskalischen Stimulierung quantitativ gering, und zweitens ist deren Wirkung auch davon abhängig, wie solide das finanzpolitische Umfeld von Konsumenten und Investoren eingeschätzt wird. Eine Reihe europäischer Länder, darunter auch Deutschland, haben in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, dass eine fiskalische Expansion auch in der kurzen Frist keine positiven Wirkungen auf die Konjunktur hat. Der Vertrauensverlust in eine solide Finanzpolitik hat letztlich zu einer Nachfragezurückhaltung im privaten Sektor geführt, der die fiskalpolitischen Effekte überkompensierte; denn die Schulden von heute, sind die Steuern von morgen. Deshalb ist eine Politik zur Rückführung der Staatsverschuldung und für solide Staatsfinanzen eine wesentliche Voraussetzung für

wirtschaftliches Wachstum; Schulden sind Ursache für Wachstumsschwäche und nicht deren Lösung.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung angesichts der heftigen Kritik von Wissenschaft, Deutscher Bundesbank und Europäischer Zentralbank an der Aufweichung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts auf,

- ihre Haltung zu überdenken und zu korrigieren und auf eine Aufhebung der auf dem Europäischen Rat in Brüssel am 22./23. März 2005 beschlossenen Änderungen des Stabilitäts- und Wachstumspakt hinzuwirken,
- gemeinsam mit der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Zentralbank nach Wegen zu suchen, wie der präventive Arm des Stabilitäts- und Wachstumspakts, also die Konsolidierungspflicht in konjunkturell guten Zeiten, gestärkt werden kann, ohne den korrektiven Arm des Pakts, also das Defizitverfahren, zu schwächen und
- ihrer Verantwortung für die Stabilität des Euro durch eine nachhaltige Konsolidierung des Bundeshaushalts endlich gerecht zu werden.

Berlin, den 12. April 2005

Dr. Michael Meister
Heinz Seiffert
Dietrich Austermann
Peter Hintze
Ilse Aigner
Norbert Barthle
Otto Bernhardt
Jochen Borchert
Klaus Brähmig
Manfred Carstens (Emstek)
Leo Dautzenberg
Georg Fahrenschon
Albrecht Feibel
Klaus-Peter Flosbach
Herbert Frankenhauser
Jochen-Konrad Fromme
Hans-Joachim Fuchtel
Ute Granold
Olav Gutting
Susanne Jaffke
Bartholomäus Kalb

Steffen Kampeter
Bernhard Kaster
Volker Kauder
Norbert Königshofen
Manfred Kolbe
Gunther Krichbaum
Patricia Lips
Dr. Michael Luther
Laurenz Meyer (Hamm)
Hans Michelbach
Stefan Müller (Erlangen)
Kurt J. Rossmanith
Peter Rzepka
Norbert Schindler
Georg Schirmbeck
Christian Freiherr von Stetten
Antje Tillmann
Klaus-Peter Willsch
Dagmar Wöhrl
Elke Wülfing
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

